

## Aufschwung – Teilhabe – Wohlstand: Die Ergebnisse der Kabinettsklausur in Meseberg

Das Bundeskabinett hat bei seiner Klausur in Meseberg zahlreiche Reformmaßnahmen beschlossen. Mit diesen Maßnahmen wurde das Programm für die zweite Hälfte der Wahlperiode festgelegt. Lesen Sie hier, für welche Bereiche wichtige neue Vorhaben beschlossen wurden.

### 1) Neue Chancen am Arbeitsmarkt

Zentrales Ziel der Bundesregierung ist es, die bestehenden Arbeitsplätze zu sichern und neue Arbeitsplätze zu schaffen. Potentiale in Zukunftsbereichen werden gezielt gefördert, die Wiedereingliederung wird weiter modernisiert, Bildungsangebote werden ausgebaut.

- Die Bundesagentur für Arbeit soll bis 2011 ohne einen Bundeszuschuss aus Steuermitteln auskommen. Wenn möglich, soll der Beitrag zur Arbeitslosenversicherung auf unter 3,9 % gesenkt werden. Ende 2007 wird entschieden, ob der Beitrag gesenkt werden kann
- Die Mitarbeiterbeteiligung soll gestärkt werden. Die Bundesregierung wird gemeinsam mit den Koalitionsfraktionen noch in dieser Wahlperiode ein Konzept zur Mitarbeiterbeteiligung ausarbeiten
- Das Gesundheitswesen als wichtiger sozialer und wirtschaftlicher Faktor wird gestärkt. Zum Themenbereich „Dienst am Menschen – Arbeitsplätze in den Bereichen Gesundheit, Pflege und Betreuung“ wird bis März 2008 ein Gesamtkonzept erarbeitet
- Im Herbst 2007 startet die Gesetzgebung zu Mindestarbeitsbedingungen und zum Arbeitnehmerentsendegesetz. Mit der Liberalisierung der Postmärkte ab 2008 werden Postdienstleistungen in das Arbeitnehmerentsendegesetz aufgenommen. Damit wird Lohn-Dumping in der Postbranche wirksam bekämpft
- Die Schulabbrecherquote soll bis 2010 halbiert werden
- Die Zahl der Ausbildungsplätze soll erhöht werden (Bonusprogramme für ausbildende Betriebe, Kostenzuschüsse, Verbesserung der Berufsberatung)
- Der Wechsel von Berufs- zu Hochschulausbildung soll erleichtert werden. Bis 2010 soll die Zahl der Hochschüler auf 40 % eines Jahrgangs steigen
- Zuwanderung an Bedürfnissen des Arbeitsmarkts ausrichten.

### 2) Forschung und Wissenschaft

- Bis 2010 sollen die Investitionen für Forschung und Entwicklung von Bund, Ländern und Wirtschaft auf insgesamt 79 Mrd. Euro steigen. Der Anteil der Forschungsausgaben am Bundeshaushalt soll auf 3 % anwachsen

- Innovationsdynamik stärken: Die gesamte Innovationskette von Ausbildung über Forschung bis zur Anwendung wird gefördert
- Attraktive Rahmenbedingungen für Experten, Spezialisten und Nachwuchskräfte schaffen. Eckpunkte für ein Wissenschaftsfreiheitsgesetz ausarbeiten.

### 3) Energie und Klimaschutz

- Weniger Abhängigkeit von Kohle und Gas, mehr erneuerbare Energien: Der Anteil erneuerbarer Energien an der Stromerzeugung wird bis 2020 auf 25-30 % gesteigert
- Mehr Energieeffizienz: Die Stromerzeugung aus Kraft-Wärme-Kopplung wird bis 2020 auf 25 % verdoppelt; intelligente Messverfahren werden zügig eingeführt; der Stromzählermarkt wird liberalisiert; die Energieberatung wird gefördert; Energiemanagementsysteme werden eingeführt
- Das Gebäudesanierungsprogramm der Bundesregierung zur CO<sub>2</sub>-Einsparung verstetigen
- Schadstoffausstoß im Verkehr reduzieren: Anreize zur CO<sub>2</sub>-Minderung durch Umstellung der KFZ-Steuer auf CO<sub>2</sub>-Basis.

### 4) Soziale Marktwirtschaft im internationalen Rahmen

Soziale Marktwirtschaft ist Markenzeichen und Motor des Wohlstands in Deutschland. Das soll auch in der Globalisierung so bleiben. Nur wenn Mindeststandards und faire Regeln international gelten, können unsere nationalen Anstrengungen Erfolg haben. Die Bundesregierung strebt deshalb folgende Ziele an:

- Wertschöpfung sichern: Das geistige Eigentum muss besser geschützt werden
- Soziale und ökologische Standards müssen international gelten
- Die Transparenz internationaler Hedge-Fonds muss verbessert werden
- Nationale Sicherheitsinteressen bei problematischen ausländischen Investitionen wahren (durch Erweiterung des Außenwirtschaftsgesetzes).

### 5) Chancen des demographischen Wandels nutzen

- Beschäftigungsquote von über 50jährigen weiter verbessern
- Programm zum Wirtschaftsfaktor „Alter“ entwickeln (bis Ende 2007)
- Gesamtstrategie zum lebenslangen Lernen bis März 2008 auflegen
- Konzept zum Ausbau der betrieblichen und privaten Altersvorsorge erarbeiten
- Gesundheitliche Prävention auch gesetzlich umsetzen.